PRESSEMITTEILUNG

LAMSA droht vollständiger Ausfall der Landesförderung

Halle (Saale), 16. November 2026

Sachsen-Anhalt droht der Verlust gewachsener Unterstützung für Kinder, Familien und Menschen in Krisen. Das Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) rechnet für 2027 mit dem vollständigen Verlust seiner gesamten Landesförderung. Bei den Servicestellen Interkulturelles Lernen in Schule und KiTa steht das Ende der Landesfinanzierung fest. Die Gefahr reicht jedoch weit über einzelne auslaufende Projekte hinaus.

IKL Schule und IKL KiTa beraten und qualifizieren seit über zehn Jahren pädagogische Fachkräfte. Aufgrund der weiterhin ungeklärten Finanzierung für 2027 können derzeit keine neuen Aufträge verbindlich zugesagt werden. Auch geplante Kooperationen und Veranstaltungen stehen unter Vorbehalt. Damit ist die Fortführung einer wichtigen fachlichen Unterstützung gefährdet, die Schulen und Kitas bei diskriminierungssensibler Bildungsarbeit und der Zusammenarbeit mit Familien begleitet.

Auch die Sprachmittlung „SiSA“ ist akut gefährdet. 2025 vermittelte sie in fast 5.000 Einsätzen Verständigung bei Arztbesuchen, Elterngesprächen und Beratungen; mehr als 500 Ehrenamtliche engagieren sich landesweit. AMUSSA bildet muslimische Seelsorger*innen aus, die Menschen etwa nach dem Anschlag in Magdeburg begleiteten. Für 2027 ist eine Koordinierungsstelle für muslimische Seelsorge vorgesehen. Auch deren Finanzierung steht infrage.

„Der Verlust dieser Strukturen wird Sachsen-Anhalt langfristig mehr kosten als ihre Sicherung heute“, betont Undra Dreßler, Geschäftsführerin von LAMSA. „Was über Jahre mit großem Engagement, Fachwissen und erheblichen Ressourcen aufgebaut wurde, lässt sich nicht kurzfristig ersetzen.“

Sollten sämtliche Landesförderungen ausbleiben, droht LAMSA eine Finanzierungslücke von knapp drei Millionen Euro. Selbst Bescheide einer geschäftsführenden Regierung bieten keinen ausreichenden Schutz vor Zermürbung: Gezielte Blockaden könnten Träger in Liquiditätsnot treiben. „Was, wenn selbst staatliche Institutionen, mit denen wir bislang eng zusammengearbeitet haben, Teil der Abschottung würden?“, so Dreßler weiter.

LAMSA fordert Land und Bund auf, die Finanzierung und tatsächliche Auszahlung bestehender Angebote verlässlich abzusichern und für akute Ausfälle eine Überbrückung vorzusehen. Zeitgleich wurden LAMSA und weitere Träger bei „Demokratie leben!“ nicht zur Antragstellung ausgewählt.

Für LAMSA verdichtet sich darin die Sorge um ein politisches Muster der Schwächung antirassistischer und demokratischer Infrastruktur. Die angekündigten zehn Millionen Euro für ostdeutsche Zivilgesellschaft ersetzen mangels geklärter Zugangs- und Förderbedingungen bislang keine sichere Finanzierung. Demokratie braucht unabhängige Strukturen, die politischem Druck auch finanziell standhalten können.

Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V. | Forsterstr. 42, 06112 Halle (Saale)
Vorstandsvorsitzender: Dr. Tarek Ali | Geschäftsführerin: Undra Dreßler | VR3874 Amtsgericht Stendal

Über das LAMSA:

Das Landesnetzwerk (LAMSA) vertritt die politischen, wirtschaftlichen und sozialen, sowie kulturellen Interessen der Menschen mit Migrationsgeschichte auf Landesebene. Es versteht sich als deren Fürsprecher und steht gegenüber der Landesregierung, allen migrationspolitisch relevanten Verbänden, Institutionen und weiteren Migrant*innenorganisationen in anderen Bundesländern als Ansprechpartner zur Verfügung. Derzeit sind 120 Organisationen und Einzelpersonen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung sowie religiöser Zugehörigkeit im LAMSA vertreten.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Undra Dreßler
Geschäftsführerin
Mobil: 0176 803 522 95 I Fax: (0345) 151 49 155
E-Mail: press@lamsa.de | Web: www.lamsa.de